



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Z/XVI/197 - 1. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>CDU stellt sich nicht mehr dem Gespräch</u> Angst vor Meinungsaustausch Von Willi Peters	79
3	<u>Heraus aus dem Freund-Feind-Verhältnis</u> Willy Brandt vor der Presse in Bonn	46
4	<u>Unsere Pflichten gegenüber dem Landvolk</u> Essen hat Vorbildliches geleistet Von Ministerpräsident Dr. Georg August Z i n n	35
5	<u>Niedriger hängen!</u> Ulbricht und die Schlachtpferde Von Heinrich G. Ritzel, MdB	40
6 - 7	<u>"Diese Partei steht für Deutschland"</u> Brief eines Bundestagskandidaten	96

+ + +
+ +

CDU stellt sich nicht mehr dem Gespräch

Von Willi Peters

Demokratisches Leben entsteht erst im offenen Gespräch der Staatsbürger miteinander. Demokratie unterscheidet sich von anderen Staatssystemen gerade durch die Transparenz von Staat und Politik dadurch, daß jeder Offenheit und Klarheit und eine plausible Begründung für getroffene Entscheidungen erwarten darf. Was liegt näher, als daß gerade vor Wahlentscheidungen der Wähler von den Verantwortlichen verlangt, daß sie sich der Öffentlichkeit stellen. Er will - mit Recht - wissen, was geleistet und nicht geleistet wurde, und welche Aufgaben sich die Parteien für die kommende Wahlperiode stellen.

Über derartige Selbstverständlichkeiten bestehen auch in weiten Kreisen der CDU/CSU keine Meinungsverschiedenheiten. Daß dennoch die CDU-Wahlkampfleitung angewiesen hat, die freie Diskussion für die Zeit des Wahlkampfes abzublasen, daß die CDU/CSU b e w u ß t vor Diskussionen, Podiumsgesprächen und gemeinsamen Wahlversammlungen zurückweicht, begegnet in zunehmendem Maße auch in ihren eigenen Reihen Unverständnis und Ablehnung; erscheint doch die CDU/CSU immer mehr als die Partei, die sich vor der Verantwortung vor dem Wähler drückt, die die Öffentlichkeit scheut. Dabei wäre es doch gerade ihre Pflicht gewesen, nach zwölfjähriger Regierungstätigkeit in freier Diskussion Rede und Antwort zu stehen!

Keine Fernsehdiskussion Adenauer - Brandt

Verstanden viele Menschen schon das Zurückweichen Dr. Adenauers vor Willy Brandts Angebot auf eine Aussprache im Deutschen Fernsehen nicht - die Brandt ursprünglich Mitte August in einer schriftlichen Einladung an Dr. Adenauer noch einmal wiederholt hat -, fragten sie sich, warum wohl Dr. Adenauer zu einem Journalistengespräch im Politischen Forum des Deutschen Fernsehens nicht bereit war, obwohl er sich doch nicht zierte, vor dem amerikanischen Fernsehpublikum knifflige Fragen von Journalisten zu beantworten, so mögen manche mit Hinweisen auf die Beschwernisse des Alters Verständnis und Rücksicht geübt haben.

Formungsgespräch vermieden

Aber dann kamen Meldungen aus den Ländern, daß Einladungen der SPD und auch der FDP zu gemeinsamen Wahlversammlungen bei der CDU weitgehend auf Ablehnung stießen. Ja, die CDU-Wahlkampfleitung weigerte sich gar, zu dem Podiumsgespräch des doch gewiß überparteilichen "Kölner Stadtanzeiger", das für den 26. August vorgesehen war, einen Referenten zu stellen. Dies empfand nicht nur die größte Zeitung Kölns als eine Brüskierung, die Bevölkerung der Stadt gab ihrem Unwillen freien Lauf, das Publikum zeigte sich "ungewöhnlich gereizt gegenüber der CDU". Es versteht nicht, "daß die größte Partei der öffentlichen Diskussion ausweicht". Im Bericht des "Stadtanzeiger" über das Gespräch, an dem Prof. Carlo S c h m i d und der FDP-Vorsitzende Dr. W e n d e teilnahmen, heißt es: "Ein älterer Zuhörer hinter mir sagt: 'Daß die Partei, deren Chef unser Oberbürgermeister war, hier in Köln kneift, das ist ein Skandal!' So steht ein leerer Stuhl hinter dem grün gedeckten Tisch ..."

CDU stellt sich nicht mehr dem Gespräch

Von Willi Peters

Demokratisches Leben entsteht erst im offenen Gespräch der Staatsbürger miteinander. Demokratie unterscheidet sich von anderen Staatssystemen gerade durch die Transparenz von Staat und Politik dadurch, daß jeder Öffentlichkeit und Klarheit und eine plausible Begründung für getroffene Entscheidungen erwarten darf. Was liegt näher, als daß gerade vor Wahlentscheidungen der Wähler von den Verantwortlichen verlangt, daß sie sich der Öffentlichkeit stellen. Er will - mit Recht - wissen, was geleistet und nicht geleistet wurde, und welche Aufgaben sich die Parteien für die kommende Wahlperiode stellen.

Über derartige Selbstverständlichkeiten bestehen auch in weiten Kreisen der CDU/CSU keine Meinungsverschiedenheiten. Daß dennoch die CDU-Wahlkampfleitung angewiesen hat, die freie Diskussion für die Zeit des Wahlkampfes abzublenden, daß die CDU/CSU **b e w u ß t** vor Diskussionen, Podiumsgesprächen und gemeinsamen Wahlversammlungen zurückweicht, begegnet in zunehmendem Maße auch in ihren eigenen Reihen Unverständnis und Ablehnung; erscheint doch die CDU/CSU immer mehr als die Partei, die sich vor der Verantwortung vor dem Wähler drückt, die die Öffentlichkeit scheut. Dabei wäre es doch gerade ihre Pflicht gewesen, nach zwölfjähriger Regierungstätigkeit in freier Diskussion Rede und Antwort zu stehen!

Keine Fernsehdiskussion Adenauer - Brandt

Verstanden viele Menschen schon das Zurückweichen Dr. Adenauers vor Willy Brandts Angebot auf eine Aussprache im Deutschen Fernsehen nicht - die Brandt übrigens Mitte August in einer schriftlichen Einladung an Dr. Adenauer noch einmal wiederholt hat -, fragten sie sich, warum wohl Dr. Adenauer zu einem Journalistengespräch im Politischen Forum des Deutschen Fernsehens nicht bereit war, obwohl er sich doch nicht zierte, vor dem amerikanischen Fernsehpublikum knifflige Fragen von Journalisten zu beantworten, so mögen manche mit Hinweisen auf die Beschwernisse des Alters Verständnis und Rücksicht geübt haben.

Forumgespräch vermieden

Aber dann kamen Meldungen aus den Ländern, daß Einladungen der SPD und auch der FDP zu gemeinsamen Wahlversammlungen bei der CDU weitgehend auf Ablehnung stießen. Ja, die CDU-Wahlkampfleitung weigerte sich gar, zu dem Podiumsgespräch des doch gewiß überparteilichen "Kölner Stadtanzeiger", das für den 26. August vorgesehen war, einen Referenten zu stellen. Dies empfand nicht nur die größte Zeitung Kölns als eine Bruskierung, die Bevölkerung der Stadt gab ihrem Unwillen freien Lauf, das Publikum zeigte sich ungewöhnlich gereizt gegenüber der CDU". Es versteht nicht, "daß die größte Partei der öffentlichen Diskussion ausweicht". Im Bericht des "Stadtanzeiger" über das Gespräch, an dem Prof. Carlo S c h m i d und der FDP-Vorsitzende Dr. M e n d e teilnahmen, heißt es: "Ein älterer Zuhörer hinter mir sagt: 'Daß die Partei, deren Chef unser Oberbürgermeister war, hier in Köln kneift, das ist ein Skandal!' So steht ein leerer Stuhl hinter dem grün gedeckten Tisch ..."

DGB erhält keine Antwort

Die CDU hielt es auch für richtig, die Bitte um ein Interview abzuschlagen, die das Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die "Welt der Arbeit", an Dr. Adenauer gerichtet hatte. Elf Fragen, die jeden Arbeitnehmer interessieren, sollten die beiden Spitzenkandidaten der großen Parteien beantworten. Nur die Antworten des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten stehen indessen in der jüngst erschienenen Ausgabe des DGB-Organs; die CDU entschuldigte sich damit, daß ihre Parteifreunde Erhard und Blank wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in Wahlversammlungen unlängst öffentlich dargelegt hätten. Sie verzichtete darauf, sechs Millionen Mitglieder des stärksten Verbandes der Bundesrepublik darüber zu unterrichten, wie sie sich zu ihren Fragen stellt.

Ein solches Verhalten ist nur mit einer nach außen nicht in allen Einzelheiten sichtbaren Unsicherheit zu erklären, einem schlechten Gewissen, das sich der öffentlichen Kritik zu entziehen sucht. Mit Siegeszuversicht und innerer Sicherheit ist es kaum zu vereinbaren.

Scheu vor Publizisten

Zu diesem Thema gehört das Bedauern, daß es dem Bemühen von CDU-Kreisen auch gelungen ist zu verhindern, daß die Diskussion des westdeutschen Rundfunks über das Thema "Was soll und was ist Opposition?" vom 9. Juni wie vorgesehen im Deutschen Fernsehen gesendet wird. Anlaß zu dem Gespräch war "Unsere Situation vor der Wahl". Bekannte Publizisten, wie Walter D i r k s, Prof. Theodor E s c h e n b u r g und der französische Schriftsteller R o v a n behandelten sachlich und informierend ein Thema, das gerade in diesem Jahr von staatsbürgerlicher Interesse sein mußte. Erst nach der Bundestagswahl wird der Staatsbürger dieses Gespräch hören dürfen. Auch das ist ein "Verdienst" der Öffentlichkeitscheuen CDU, deren Unsicherheit in diesem Wahljahr keine Grenzen zu kennen scheint.

Nur Deklamationen

Deklamationen, Ansprachen an das Volk, sind nicht geeignet, der Herausforderung des Kommunismus zu begegnen. Unsere Demokratie muß deshalb aus dem Zustand der Verkalkung herausgeführt werden. Der Einfallslosigkeit und Starrheit der gegenwärtigen Regierungspolitik muß eine realistische Politik der Entkraftung und Beweglichkeit folgen.

Zum neuen Stil in der Politik, wie ihn die Sozialdemokratie ankündigte, gehört auch das offene Gespräch mit dem Bürger, das ständige Zwiegespräch zwischen Regierung und Staatsvolk. Erst dann wird der demokratische Staat vom Leben erfüllt sein.

+ +

+

Heraus aus dem Freund-Feind-Verhältnis!

sp - Unübersehbar sind die Folgen des 13. August für Berlin, für das deutsche Volk und für den Weiterbestand der westlichen Gemeinschaft. Fast jeder Tag bringt neue Bekundungen des Kreml, der Welt seinen Willen aufzuzwingen. Auf Berlin und auf die Bundesrepublik konzentrieren sich seine Vorstöße; offensichtlicher Zweck seiner mit allen Mitteln unternommenen Offensive, bei der auch die Drohung mit Atombomben nicht fehlt, ist das Bemühen, zwischen dem deutschen Volk und seinen westlichen Verbündeten eine tiefe, das Bündnis aushöhlende Vertrauenskrise zu schaffen.

Unser Volk beginnt zu erkennen, daß die Stunden der Behaglichkeit, der Gleichgültigkeit und des In-den-Tag-hineinlebens unter der Wucht der sowjetischen Bedrohungen zerrinnen. Dieses Volk spürt, daß ein neues Kapitel in der Geschichte mit dem 13. August 1961 aufgeschlagen wurde, und daß es nun darauf ankommt, den noch zu erwartenden Stürmen mit der Mobilisierung aller geistigen und moralischen Kräfte der Nation zu begegnen.

Ausdruck dieser Grundstimmung sind die Berliner Ansprachen des Bundespräsidenten L ü b k e, die Schlußpredigt des neuen Erzbischofs von München-Freising, Kardinal D ü p f n e r - "das ganze deutsche Volk ist unter das Kreuz gerufen" - und das Mahnen der Evangelischen Kirche Deutschlands, in dieser Zeit nationaler Bedrängnis alles zu unterlassen, was zur Selbstzerfleischung unseres Volkes führt.

Darf vor dem Hintergrund der tragischen Entwicklung seit dem 13. August der Parteiegoismus auf die Spitze getrieben werden? Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat und Schildträger der Freiheit Berlins, Willy B r a n d t, sagte vor der Bundes-Pressekonferenz in Bonn am Freitag dazu Nein. Bald kann eine Lage entstehen, in der die Existenz der Bundesrepublik und Westberlins als freie Gemeinschaft davon abhängig sein wird, ob wir es verstehen, alle Kräfte der Nation für eine positive Politik zusammenzufassen.

Auf dieser Konferenz, vor der Willy Brandt sprach, fiel auch das Stichwort von der "Großen Koalition". Wir brauchen eine starke Regierung, deshalb muß in Bonn eine neue Regierung, gestellt durch die unverbrauchten Kräfte, das Steuer übernehmen. Eine von der SPD geführte Regierung wird keine Parteiregierung sein. Die Koalitionen von Hamburg, Bremen und Westberlin liefern den Beweis für die Fähigkeit der SPD, energiegeladene Kräfte auch aus anderen Parteien - und nicht nur aus den Parteien - zur schöpferischen Mitarbeit zum Wohle des Ganzen heranzuziehen.

Die Parteien müssen aus ihrem vergiftenden, die deutsche Politik lähmenden Freund-Feind-Verhältnis herauskommen und durch ihr Verhalten zueinander nicht Einbruchsstellen für die Feinde des deutschen Volkes öffnen. Eine auf diese Art herbeigeführte innenpolitische Entspannung wird die künftige deutsche Regierung in die Lage versetzen, kraftvoller und initiativenreicher aufzutreten und zu wirken, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Unsere Pflichten gegenüber dem Landvolk

Von Ministerpräsident Dr. Georg August Z i n n

Das Landvolk steht heute in einer wirtschaftlich und sozial bedenklichen Krisensituation. Starker Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Menschen, Abnahme der landwirtschaftlichen Betriebe einerseits, Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion mit der Gefahr einer Überproduktion andererseits kennzeichnen äusserlich den Umbruch, der sich in der Landwirtschaft vollzieht.

Das Wort vom notwendigen Strukturwandel ist leicht ausgesprochen, es ist jedoch viel menschliches Leid mit diesem Wandel verbunden. Die Wohlstandsgesellschaft unseres technischen Zeitalters kann jedoch dem Landvolk helfen, dass diese durch den Einbruch der Technik ausgelöste Entwicklung in menschlicheren Bahnen verläuft.

Das Land Hessen hat sich dieser Verpflichtung zum Helfen nicht entzogen. Seit 1952 ist das Programm der Dorfgemeinschaftshäuser und Dorfkindergärten mit grossem Erfolg durchgeführt worden. Bis jetzt gibt es 150 Dorfgemeinschaftshäuser und 30 moderne Landkindergärten. Seit 1956 wird das Programm der technischen Aufrüstung des Dorfes durchgeführt mit dem Ziel, dem Landvolk alle modernen technischen Hilfsmittel genau so verfügbar zu machen, wie in Industrie und Gewerbe. Bedeutsame Erfolge erzielte die Hessische Landesregierung auf dem Gebiet der Flurbereinigung, der Aussiedlung, der Altkofsanierung, der Maschinengemeinschaft und der ländlichen Wasserversorgung.

Die Sorge um den Menschen in der Landwirtschaft erschöpft sich nicht in diesen technischen Massnahmen. Der Verbesserung des ländlichen Schul- und Bildungswesens gilt die besondere Sorge der Hessischen Landesregierung.

Als Zonengrenzland hat Hessen eine historische Aufgabe. An der Werra begegnen sich die freie Welt und die Welt hinter dem Eisernen Vorhang.

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West wird mit grösster Härte geführt und nicht allein mit militärischen Machtmitteln entschieden. Vielmehr ist es ein Kampf um die bessere gesellschaftliche Ordnung. So muss die freiheitliche soziale Agrarpolitik in Hessen zum Ziel haben, in den hessischen Dörfern eine soziale Ordnung zu schaffen, die für die Ideen des Friedens und der Freiheit wirbt. Der politischen Energie des Ostens ist die eigene Energie und Initiative entgegenzusetzen. Eine freiheitliche soziale Ordnung in unseren Dörfern zu schaffen gilt unsere Sorge um die Landwirtschaft.

Niedriger hängen!

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Soeben wurde das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Tierschutzgesetzes im Bundesgesetzblatt vom 25.8.1961 veröffentlicht. Danach ist künftig die Ausfuhr von Schlachtpferden verboten. Die Aussenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbot zuzulassen, wenn für die beantragte Ausfuhr nach Prüfung durch Verwaltungsangehörige sichergestellt ist, dass der Transport und die Schlachtung der Pferde unter Beachtung der Grundsätze dieses Gesetzes und der für den Transport von Pferden in der Bundesrepublik geltenden Vorschriften erfolgen. Bei Ausnahmegenehmigungen können zur Sicherstellung des Tierschutzes und zu Zwecken der Überwachung schriftliche Auflagen erteilt werden. Zuwiderhandlungen können mit Gefängnis bestraft werden.

Die Tatsache dieses Ausfuhrverbots hat die kommunistische "Leipziger Volkszeitung" zu einem ebenso unsachlichen wie für die dortige Denkweise charakteristischen schmutzigen Angriff auf die Bundesrepublik veranlasst.

Dazu ist folgendes festzustellen: Während die Ernte in der Sowjetzone gefährdet ist, während schon jetzt auf bestimmten Gebieten Nahrungsmittelmangel eintritt und die Sorgen wegen der Entwicklung der Ernährungsverhältnisse im kommenden Winter schon heute in den Befürchtungen der Bevölkerung Ost-Berlins und der Sowjetzone eine grosse Rolle spielen, lässt das devisenhungrige Regime Ulbricht Pferde aller Altersgattungen in ständig steigendem Maße unter erbärmlichen Transitbedingungen ins Ausland versenden. Zum Teil gehen diese Transporte unter Mitwirkung der Deutschen Bundesbahn auch durch die Bundesrepublik. Massnahmen, die sich gegen damit verbundene Misshandlungen der Tiere richten, sind eingeleitet.

Die kommunistische Schmähung des humanen Beschlusses des Deutschen Bundestages, der sich den von mir und 14 anderen Sozialdemokraten gestellten Antrag einstimmig angeschlossen hat, ist ein Beweis mehr dafür, dass auch der gutgemeinten und humanen Handlung von Menschen, die einfach nicht anders können, schmutzige Überlegungen zugrundegelegt werden.

Der Tier- und Menschenfreund Albert Schweitzer wird mit diesem Verhalten der Leipziger Herren ebenso wenig einverstanden sein, wie die Bevölkerung der Sowjetzone, die es bestimmt lieber sehen würde, wenn die zur Schlachtung in Frage kommenden Pferde in der Zone selbst auf humane Art getötet und ihr Fleisch zum Verzehr durch die Bevölkerung frei verkauft werden würde.

"Diese Partei steht für Deutschland"

Herr J.F.G. Grosser, Direktor in einem Luftverkehrsunternehmen, Bundestagskandidat der SPD in einem Münchner Wahlkreis, wurde gefragt, warum er als Katholik und früherer Offizier der Wehrmacht sich zur Sozialdemokratie bekenne. Dies seine Antwort:

Lieber Freund!

Sie fragten, wie kann ein ehemaliger Offizier, Kompanieführer, Regiments-Adjutant, Mitarbeiter im Generalstab des Heeres, mit Überzeugung Sozialdemokrat sein? Zunächst: Ich bin keinesfalls der einzige! Auch aus der Bundeswehr gehören Offiziere der höheren Ränge zur SPD. Ich will es mir aber nicht leicht machen und nur die Gegenfrage stellen, warum nicht, wenn rund 40 Prozent des Volkes sozialdemokratisch gewählt haben? Mein, Sie sollen es genau wissen: ja, ich habe im letzten Krieg wie Millionen Landsler mit Idealismus für Deutschland gekämpft und ich war sehr lange, fast zu lange, der Auffassung, daß es sich bei diesem Kampf um eine gerechte Sache handelte. Ich war jung und in diesen Kampf hineingetoren, ausweglos wie alle. Wenn wir in diesem Krieg glaubten etwas erhalten, bewahren, schützen, vor den Untergang retten zu müssen, so waren es Land und Volk der Deutschen in ihren edelsten und besten Zeugnissen und Regungen, für die glücklicherweise auch heute noch die Jugend begeisterungsfähig ist, obwohl es ihr recht schwer gemacht wird. Wir hatten wirklich keine Vorstellung oder ahnten kaum, für welche menschliche Niedertracht, politische Unfähigkeit und Grossmannssucht unser Idealismus mit System mißbraucht wurde. Ich bin heute Sozialdemokrat, weil ich eine ganz sicher weiss: diese Partei steht für Deutschland, für das deutsche Volk, sie garantiert die Demokratie, die Chance für jeden, als freier Mann mitzureden und zu entscheiden. Sie übt und verlangt Toleranz und gewährt alles in allem eine fortschrittliche Entwicklung unseres Landes, die Rückverkümmierungen der Vergangenheit aufhebt und den Erfordernissen der Zukunft gerecht wird. Wer, wie es geschehen ist, den Sozialdemokraten unterstellt, sie würden jemals die Freiheit der Rede, der Versammlung, der Gesinnung, der Meinungsbildung der Wahl und alle anderen demokratischen Freiheiten opfern, verspielen, verkaufen, leichtfertig vertun oder auch nur einengen helfen, ist ein hartgesottener politischer Lügner, den bestenfalls Alterstorheit entschuldigt.

Bleibt noch die Tatsache, dass ich Sozialdemokrat und Katholik bin. Das ist zwar nicht das Übliche, aber doch auch keine Seltenheit. Zwischen der Lehre Christi und den sozialsittlichen Zielen der Sozialdemokratie bestanden niemals, auch nicht in den Anfängen der Arbeiterbewegung, moralisch-ethische Widersprüche. Ich könnte den Heiligen Benedikt zum Zeugnis anrufen oder den Heiligen Franz von Assisi, wohl alle Mönchsorden, mehrere Kirchenlehrer und besonders die Gesellschaft Jesu. Die Enzyklika Quadragesimo anno Pius XI. gibt mir sogar die Möglichkeit, das Thema "Vergesellschaftung" aufzugreifen. Sie wissen vielleicht, dass dieses päpstliche Rundschreiben die Teilsozialisierung auch nach der christlichen Soziallehre bedingt erlaubt. Selbstverständlich nur unter angemessener Entschädigung der bisherigen Eigentümer und bei bestimmten Gütern, z.B. Versorgungs-, Verkehrsbetrieben und Schlüsselindustrien, wenn und soweit "die mit ihnen verbundene übergrosse Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohles Privathänden nicht überantwortet bleiben kann."

Von der erst kürzlich veröffentlichten Sozial-Enzyklika Johannes XXIII. (Mater et magistra) will ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden. Auch sie bestärkte mich wie die vorangegangenen Rundschreiben Leo XIII. (Rerum novarum) und das schon zitierte Pius XI. in der Erkenntnis dass man nicht CDU-Mann sein muss, um an einer sozial-demokratischen Ordnung politisch mitzuarbeiten. Es gibt meines Wissens auch kein Papstwort, wonach die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mit der Kommunion zur katholischen Kirche unvereinbar wäre. Die Äusserungen des politischen Katholizismus - ein von der Kirche gemiedenes Wort - sind für mich so wenig bindend wie die private Meinung meines Pfarrers, ob meine Tochter Filmschauspielerin werden sollte oder nicht.

Ich weiss nicht, ob Ihnen meine Erklärungen genügen. Ich wiederum vermag mir wohl Ihre Verwunderung darüber, dass ich Sozialdemokrat bin, zu erklären, aber ich kann sie nicht verstehen. Auch nicht, falls Sie etwa die deutsche Frage zur Diskussion stellen und die von politischen Gegnern lancierte Behauptung sich zu eigen gemacht haben sollten, dass die SPD in dieser Frage keine Konzeption habe. Die Konzeption des Herrn Adenauer habe ich jedenfalls von Anfang an für falsch gehalten und damit zu einem Zeitpunkt, als sich ihre Fragwürdigkeit noch nicht so allgemein sichtbar offenbart hatte.

Die Lösung der deutschen Frage wird - ohne Gewalt und Krieg - wenn überhaupt nur durch eine sozialdemokratische Regierung herbeigeführt werden können, weil sie allen anderen möglichen Regierungen eins voraus hat: keine Angst vor den Kommunisten. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist ein einziger Beweis dafür, dass sie die geistige, die ideale Auseinandersetzung mit den Kommunisten nie zu fürchten braucht. Die Sozialdemokraten kennen auch Methodik und Dialektik der Kommunisten besser als alle anderen politischen Richtungen. Sie haben im Kampf mit den Kommunisten mehr Opfer gebracht als alle anderen Parteien. Heute ist allein die SPD im Regime des Kommunismus, in der Zone, verboten, keine andere Partei: die freiheitlicher sozialer Demokraten sind eben für die Diktatur am gefährlichsten. Eine starke Sozialdemokratie ist unter allen Umständen und jedenfalls für mich eine grössere Sicherheit gegen den Kommunismus als Kanonen und Atomwaffen. Ich bin sicher, dass uns in der deutschen Frage noch einiges bevorsteht.

Es würde mich freuen, wenn es mir gelungen wäre, Ihnen verständlich zu machen, warum ich gerade wegen meiner persönlichen und beruflichen Entwicklung Sozialdemokrat bin und dass diese Tatsache zumindest ebenso achtenswert ist wie die Zugehörigkeit zu einer anderen Partei. Politische Gesinnung scheidet sich nicht durch die Stellung oder den Beruf oder etwa durch praktisches Vertrautsein mit den Problemen der Wirtschaft. Klare politische Gesinnung ist die Grundsubstanz der wirksamen Mitverantwortlichkeit jedes Bürgers.

Mit den besten Grüßen

Ihr

gez. J.F.G. Grosser

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel